

Kampf dem Heiligen Krieg

Thurgau Der Grosse Rat anerkennt die Gefahr von Extremisten und Terroristen im Thurgau. In den Mitteln, die dagegen zu ergreifen sind, gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Sebastian Keller
sebastian.keller@thurgauerzeitung.ch

Mehrere Personen stehen im Thurgau unter polizeilicher Beobachtung. Über die Anzahl dürfe aber «konkret keine Auskunft» erteilt werden. Das schreibt die Regierung in der Antwort auf die Interpellation «Dschihadistische Bedrohung im Thurgau» von SVP-Kantonsrat Pascal Schmid (Weinfelden). Am Mittwoch diskutierte der Grosse Rat darüber. Schmid sagte einleitend: «Meine Befürchtungen haben sich leider bestätigt, auch im ländlichen Thurgau leben gefährliche Dschihadisten.» Es laiere zwar nicht «hinter jedem Apfelbaum ein Terrorist», dennoch müsse dieses Thema höchste Priorität haben. Schmid ortet ein Defizit bei den polizeilichen Mitteln und beim Informationsfluss zwischen den Behörden. Die Regierung verweise zwar auf Anstrengungen auf Bundesebene. «Doch Polizei und Gefahrenabwehr sind Sache des Kantons», betonte Schmid. Warten sei gefährlich.

Schmid forderte die Regierung auf, eine Bestimmung für eine Meldeberechtigung, wenn nicht gar eine Meldepflicht auszuarbeiten. Heute müssten beispielsweise Schulbehördenmitglieder befürchten, sich strafbar zu machen, wenn sie Informationen der Polizei zutragen. «Wer etwas sagt, riskiert eine Amtsheimnisverletzung», sagte Schmid. Das dürfe nicht sein.

Bessere Zusammenarbeit und verbesserte Integration

«Die Zusammenarbeit unter den Behörden muss verstärkt werden», forderte Jürg Wiesli (SVP, Dozwil). Auch wenn der Thurgau nicht primäres Ziel von Terroristen sei, dürfe man Anschläge nicht ausschliessen. Wiesli erwähnte zudem, dass in jeder Gemeinde eine Person im Bedrohungsmanagement ausgebildet



SVP-Kantonsrat Pascal Schmid ist in Sorge: «Auch im ländlichen Thurgau leben gefährliche Dschihadisten.»

Bild: Reto Martin

sei. Die Regierung nannte die Zahl von 130 Ansprechpersonen in Ämtern und Gemeinden. «Dies sollte gegenüber der Bevölkerung öffentlich gemacht werden.» Zudem sei die Polizei mit ausreichend Personal auszustatten. In den Augen von Toni Kappeler (GP, Münchwilen) liegen Chancen in der verbesserten Integration. «Heissen wir Muslime willkommen, um der Radikalisierung den Nährboden zu entziehen.» Auch Guido Grütter (FDP, Münchwilen) schlug in diese Kerbe. Wichtig seien Integrationsmassnahmen. «Es geht darum, die Ausgrenzung und die Bildung von Subkulturen zu vermeiden.» Auch Grütter findet, es seien aus-

reichend personelle Ressourcen bereitzustellen. SP-Kantonsrätin Barbara Kern sagte: «Das Problem wurde erkannt, die Handlungen aufgegleist.» Bezüglich personeller Ressourcen erinnerte sie ihre Parlamentskollegen daran, dies bis zur Budgetdebatte nicht zu vergessen. Peter Schenks (EDU, Zihlschlacht) votum richtete sich gegen den «politischen Islam»: «Wir müssen den Mut aufbringen, destruktive Ideologien aus unserer Heimat zu verbannen.»

Auch Muslime sind gegen Islamismus

CVP-Kantonsrat Franz Eugster (Bischofszell) kritisierte die Re-

gierung, dass konkrete Massnahmen zu lange auf sich warten liessen. Er verwies zudem darauf, dass sich auch die überwiegende Mehrheit der Muslime gegen den Islamismus stelle. Hanspeter Heeb (GLP, Romanshorn) las ein Votum seines abwesenden Fraktionskollegen Alban Imeri (BDP, Romanshorn) vor: Muslime in der Schweiz hätten gleich viel Angst vor Dschihadisten wie Christen. Handlungsbedarf sehe die GLP/BDP-Fraktion nicht.

Regierungsrätin und Polizeidirektorin Cornelia Komposch (SP) zeigte sich «mit sehr vielen Voten sehr einverstanden». Sie verwies auf verschiedene Anstrengungen zur Terrorabwehr

auf Kantons- und Bundesebene. In Bern seien Gesetzesanpassungen aufgegleist. Etwa im Strafrecht oder bei polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus: Meldepflicht, Ausreiseverbot, Kontaktverbot oder auch Hausarrest für Gefährder würde diskutiert. «Wir hoffen, dass das Gesetz am 1. Januar 2020 in Kraft tritt», sagte Komposch. Auch bei der Kantonspolizei finde eine Überprüfung der Organisationsstruktur statt – gerade im Hinblick auf die aktuelle und künftige Bedrohung. Sie appellierte an das Parlament: «Sie sind es, welche die Anzahl Mitglieder des Polizeikorps bestimmen.»

Kommentar

Mehrwert fürs Vertrauen

Fragen gab es während der Dschihad-Diskussion im Grossen Rat viele. Antworten mit Neuigkeitsgehalt umso weniger. Das liegt in der Natur der Sache. «Lasst uns über den Nachrichtendienst und die Terrorabwehr diskutieren» – und dann sollen, für alle zum Mitschreiben, bahnbrechende geheimdienstliche Erkenntnisse enthüllt werden? Wer's glaubt.

Obwohl die Diskussion also oft im Allgemeinen geblieben ist und kaum thurgauspezifische Erkenntnisse an den Tag gebracht hat – sie hat sich dennoch gelohnt. Denn sie zeigte ein Kantonsparlament auf der Höhe seiner Aufgabe. Auf billige Panikmache wurde vollständig verzichtet. Schrille Töne und populistische Versuche blieben meistens aussen vor. Stattdessen wurde sorgfältig und mit Bedacht formuliert. Niemand kam auf die wahnwitzige Idee, aus dem Thurgau ein Terrorziel wie Paris, Berlin oder London zu fabrizieren.

Umgekehrt wäre es allerdings ebenso falsch, sich im ländlichen Kanton Thurgau in falscher Sicherheit zu wiegen. Ob auf Seiten der Behörden wirklich genug gegen die dschihadistische Bedrohung getan wird, konnte auch die gestrige Debatte nicht abschliessend klären. Schon die Tatsache allein, dass das Thema aus dem politischen Halbschatten geholt worden ist, kann aber zur Vertrauensbildung beitragen.



Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Ein Steilpass für den Doppelpass

Einbürgerung Der Thurgau schickt keine Standesinitiative ins Bundeshaus, um die Möglichkeit von Doppelbürgerschaften bei Einbürgerungen abzuschaffen. Das hat der Grosse Rat mit 67 gegen 53 Stimmen beschlossen. In der Debatte hatten die Befürworter der Standesinitiative argumentiert, dass Doppelbürger klare Vorteile gegenüber einfachen Schweizer Bürgern hätten. «Es ist eine Fünfer-und-Weggli-Variante», kritisierte Hanspeter Gantenbein (SVP, Wuppenau). Beim Entweder-oder sei hingegen sichtbar, «wem es wichtig ist, Schweizer zu werden und wem nicht», sagte Hans Eschenmoser (SVP, Weinfelden). Peter Schenk (EDU, Zihlschlacht) sieht in der Doppelbürgerschaft «eine

Entwertung unseres Landes». Für das Anliegen votierten auch Minderheiten von CVP und FDP.

Die Gegner argumentierten, dass das Einbürgerungsrecht vor nicht einmal einem Jahr revidiert worden sei. Jetzt gelte es zuerst, Erfahrungen zu sammeln. Nina Schläfli (SP, Kreuzlingen) ortete neue Ungerechtigkeiten: «Nur Eingebürgerte sollen sich entscheiden – wer Eltern unterschiedlicher Nationalität hat, müsste das nicht.» Mehrfach wurde betont, dass Integration nicht mit der Doppelbürgerschaft zusammenhänge. «Menschen mit zwei Pässen stehen auch zu ihrer Herkunft und ihren Wurzeln. Was ist daran schlecht?», fragte Cornelia Zecchin (FDP, Kreuzlingen). (ck)

Thurgau will Kostenbeteiligung

Integration Eltern sollen sich wieder an Kosten für Deutschkurse ihrer Kinder beteiligen müssen. Das fordert eine Grossratsmehrheit.

Das Bundesgericht piff kurz nach Weihnachten 2017 den Kanton zurück. Grund: Das Thurgauer Volksschulgesetz verstosse gegen die Bundesverfassung. Konkret ging es darum, dass Eltern schulpflichtiger Kinder, die kaum Deutsch sprechen, für Sprachkurse zur Kasse gebeten wurden. Auf Geheiss der obersten Richter passte der Thurgau sein Gesetz an.

Die Mehrheit des Thurgauer Kantonsparlaments will das nicht auf sich sitzen lassen: Am Mittwoch erklärte sie eine Motion für erheblich, die zum Ziel hat, mit einer Standesinitiative die Bundesverfassung zu ändern.

66 Kantonsräte sprachen sich dafür aus, 54 dagegen. Die Regierung räumte im Vorfeld wie auch während der Debatte in Weinfelden dem Ansinnen wenig Chancen ein. Erziehungsdirektion Monika Knill kündigte an, dass man die Situation verbessern wolle. «Wir prüfen ein selektives Obligatorium, wie es Basel-Stadt bereits kennt.»

Doch die Mehrheit aus SVP, EDU, GLP/BDP und Teilen der CVP/EVP-Fraktion war zu stark. Ein GLP-Kantonsrat betonte: «Das Mittel der möglichen Kostenbeteiligung hat sich bewährt.» Eine EDU-Vertreterin sagte, Eltern mit Migrationshintergrund

müssten in die Pflicht genommen werden. Ein CVP-Vertreter sagte, dass das kostenlose Recht auf Bildung bestehen bleibe. «Doch nicht alle Zusatzleistungen der Schule müssen gratis sein.»

FDP, SP und Grüne wehrten sich vergeblich gegen die Standesinitiative. Eine SP-Kantonsrätin argumentierte, dass es Eltern treffen könnte, die finanziell nicht auf Rosen gebettet seien. Ein FDP-Vertreter verwies auf laufende Anstrengungen und darauf, dass der Weg der Standesinitiative ein steiniger sei. Weil die Verfassung geändert werden soll, stehe am Schluss des Weges eine Volksabstimmung. (seb)

Gsaat isch gsaat

«Da fehlt mir etwas in meinem Drehbuch, aber das ist kein Problem.»

Grossratspräsident Turi Schallenberg (SP, Bürglen) kündigt an, wenn er zu improvisieren ge-denkt.

«Mir graut es vor pränatalen Stimm- und Singkursen.»

Norbert Senn (CVP, Romanshorn) legt offen, wo ihm frühe Förderung zu früh ist.

«Der Normalbürger kommt sich beschissen vor.»

Hanspeter Gantenbein (SVP, Wuppenau) sind Doppelbürger ein Dorn im Auge.

«Alles andere ist Scheinliebe zu unserer schönen Heimat.»

Hans Eschenmoser (SVP, Weinfelden) weiss, wo echte Heimatliebe zu finden ist.